



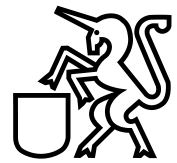
## 12. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 5. März 2012, 19.00 Uhr
Ort	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Rolf Biggel (FDP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	35 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Marcel Berli (SVP) Patric Crivelli (SVP) Daniel Griesser (SVP) Thomas Maier (GEU/GLP) Valeria Rampone (GEU/GLP)
Protokoll	Peter Imhof, Gemeinderatssekretär
Stimmzähler	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Benedikt Stockmann: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Patrick Schnider: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

---

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 11. Sitzung vom 5. Dezember 2011
3. Postulat Hans Baumann (SP) und 1 Mitunterzeichner „Budgetierung der Steuereinnahmen“ / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 70/2011
4. Postulat Andrea Kennel (SP) „Öko-Kompass für Dübendorf“ / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 78/2011
5. Postulat Bruno Fenner (BDP) und 4 Mitunterzeichnende „Realisierung von Alterswohnungen auf dem Areal Bahnhofstrasse 30/Lindenhof II in Dübendorf“ / Begründung und Überweisung  
GR Geschäft Nr. 132/2012
6. Interpellation Patrick Angele (SP) „Regionale Grossprojekte in Dübendorf“ / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 88/2011



7. Interpellation Hans Baumann (SP) „Liegenschaftenstrategie“ / Begründung  
GR Geschäft Nr. 112/2011
8. Integration – Einführung der neuen Aufgabe Integration per 1. Januar 2012 / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 98/2011
9. Reglement über die Wasserversorgung / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 106/2011
10. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (Rücktritt Charlotte Meyer)  
GR Geschäft Nr. 114/2011
11. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (Rücktritt Steven Sommer)  
GR Geschäft Nr. 115/2011
12. Bürgerrechtsgesuch: Lopes Rebelo Rafael sowie das Kind Matos Rebelo Alex, portugiesische Staatsangehörige, Schulhausstrasse 19, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 102/2011
13. Bürgerrechtsgesuch: Reis Batilde Fernanda, angolische Staatsangehörige, sowie das Kind Reis Tara Samantha, italienische Staatsangehörige, Neuweg 12, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 103/2011
14. 2. Fragestunde des Amtsjahres 2011/12



## 1. Mitteilungen

### Mitteilungen des Gemeinderatspräsidenten

Gemeindepräsident Rolf Biggel (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum. Er verweist darauf hin, dass der neu gewählte Interims-Gemeinderatssekretär Peter Imhof an der heutigen Sitzung erstmals das Protokoll führt und wünscht ihm viel Erfolg.

### *Neue Geschäfte seit 5. Dezember 2011*

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat folgende Sachgeschäfte überwiesen:

- Volksinitiative „Tempo 50/30 für Dübendorf“
  - Neubau „Pfadiheim Schlupf“, Baubeitrag
  - Nachtragskredit zum Projektierungskredit für die Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums
- Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Folgende Geschäfte werden derzeit durch die KRL beraten:

- Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan CC Prodega
- Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan „Dreieck Giesen Nord“ sowie zur Änderung des Gewässerabstandslinienplans Nr. 7
- Zustimmung zur Anpassung der Bauordnung Art. 39 Hochhäuser
- Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan „Pfadiheim Schlupf“ sowie zur Änderung des Zonenplanes Kat.Nr. 1644 und der Bauordnung Art. 26a Ziffer 4 (neu)

### Persönliche Erklärungen und Fraktionserklärungen

Keine.

## 2. Protokoll der 11. Sitzung vom 5. Dezember 2011

Zum Protokoll der Sitzung vom 5. Dezember 2011 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates genehmigt.

## 3. **Postulat Hans Baumann (SP) und 1 Mitunterzeichner „Budgetierung der Steuereinnahmen“ / Beantwortung GR Geschäft Nr. 70/2011**

### Antrag Stadtrat

Der Stadtrat hat das Postulat beantwortet, ohne einen schriftlichen Antrag zu stellen. Die Behörde beantragt aber gemäss Rückfrage Abschreibung des Postulates.

### *Hans Baumann (SP/Juso/GP)*

In seiner Antwort verweise der Stadtrat auf die besonderen Schwierigkeiten, welche die Budgetierung der Steuereinnahmen in den letzten Jahren erschwert habe, beispielsweise rasche konjunkturelle Veränderungen, Finanzkrise. Tatsächlich seien bei solchen Schwankungen Trendextrapolationen schwierig. Das werde sich in den nächsten Jahren kaum ändern, vor allem angesichts der Turbulenzen mit der Eurokrise. Die Finanzplanung sei also auch in Zukunft schwierig. Die SP/Juso/Grüne-



Fraktion begrüsse es, wenn der Stadtrat auch in Zukunft bei der Planung der Steuereinnahmen mit drei Szenarien arbeite und damit die Transparenz erhöhe. Es wäre zudem positiv, wenn eine weitere statistische Methode eingeführt werde, um die Trendberechnung besser abzustützen. Die Fraktion unterstütze die Haltung, dass die Finanzabteilung auch in Zukunft auf externe Berater verzichte. Die Abschreibung des Postulates werde seitens der Fraktion abgelehnt und die Aufrechterhaltung beantragt. Es solle zunächst zugewartet werden, ob die versprochenen Verbesserungen auch greifen würden und sich die Prognosequalität erhöhe.

*Patrick Walder (SVP)*

Man könne die Antwort des Stadtrates auf das Postulat mit dem Zitat „Nichts neues unter der Sonne“ zusammenfassen. Die SVP-Fraktion hätte erwartet, dass der Stadtrat die Methoden zur Budgetierung der Steuereinnahmen kritisch, auch selbstkritisch, hinterfrage. Dies sei leider aus der Antwort nicht wirklich erkennbar. Die Fraktion sehe aber auch positive Aspekte in der Antwort des Stadtrates und sei erfreut, dass auch in Zukunft auf externe Berater verzichtet werde. Sie schliesse sich dem Antrag von Hans Baumann auf Aufrechterhaltung des Postulats an und bitte den Gemeinderat, gegen die Abschreibung zu stimmen.

#### **Abstimmung**

Das Postulat „Budgetierung der Steuereinnahmen“ wird mit 22 zu 10 Stimmen weiter aufrechterhalten und bleibt auf der Pendenzenliste.

#### **4. Postulat Andrea Kennel (SP) „Öko-Kompass für Dübendorf“ / Beantwortung GR Geschäft Nr. 78/2011**

##### Antrag Stadtrat

Der Stadtrat beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten.

*Andrea Kennel (SP/Juso/GP)*

Andrea Kennel bedankt sich für die positive Beantwortung des Postulats. Der Antwort des Stadtrates sei zu entnehmen, dass bereits mit der Stadt Zürich Kontakt aufgenommen wurde. Die Zusammenarbeit mit dem bestehenden Öko-Kompass der Stadt Zürich sei absolut sinnvoll. Demnächst werde im Stadtrat Zürich diskutiert, ob dieses Instrument weiter angewendet werden soll oder nicht. Es sei sinnvoll, dass diese Experimentierphase der Stadt Zürich überlassen werde. Damit könne Dübendorf vorläufig noch zuwarten und von den Erfahrungen der Stadt Zürich profitieren. Bewähre sich dieses Instrument, könne der Öko-Kompass, in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich, auch in Dübendorf eingeführt werden. Sie bitte deshalb den Gemeinderat, das Postulat aufrecht zu erhalten.

#### **Abstimmung**

Das Postulat „Öko-Kompass für Dübendorf“ wird mit 21 zu 12 Stimmen weiter aufrecht erhalten und bleibt auf der Pendenzenliste.



**5. Postulat Bruno Fenner (BDP) und 4 Mitunterzeichnende „Realisierung von Alterswohnungen an dem Areal Bahnhofstrasse 30/Lindenhof II in Dübendorf“ / Begründung  
GR Geschäft Nr. 132/2012**

Begründung Postulat

*Bruno Fenner (BDP/EVP)*

Mit der Vernehmlassung zum privaten Gestaltungsplan „Lindenhof II“ sei die BDP erstmals auf einen allfälligen Verkauf des Grundstückes Kat.Nr. 16259 aufmerksam geworden. Das Grundstück befinde sich in bester Lage im Zentrum von Dübendorf. Es handle sich um das Parkplatzgrundstück hinter dem Restaurant Hecht. Es mache durchaus Sinn, an diesem Ort eine Gesamtüberbauung mit Einbezug des städtischen Grundstückes zu realisieren. Dies würde sich auch auf die Erstellungskosten auswirken; der Gestaltungsplan überzeuge. Es sei ein „muss“, mitzumachen; dabei stelle sich aber die Frage nach dem „wie“. Auf keinen Fall dürfe man das Grundstück einfach verkaufen und dafür ca. 1,5 Mio. Franken kassieren. Im Vorfeld eines Gestaltungsplanes könne man mitreden und mitgestalten. Wenn dieser aber fertig ausgearbeitet sei, bleibe nur noch die Entscheidung annehmen, zurückweisen oder ablehnen. Jetzt sei noch Zeit, mitzureden. Darum habe er die Form des Postulates gewählt. So sei der Stadtrat frei, in alle Richtungen zu denken. Ältere Menschen hätten den Wunsch, bis ins hohe Alter selbständig zu wohnen. Das Bedürfnis nach altersgerechten, rollstuhlgängigen Wohnungen an zentraler Lage sei deshalb gross; das Angebot leider sehr klein. Ein Wechsel von einer grösseren in eine kleinere Wohnung scheitere oft an den Mietkosten. Umgekehrt aber wünschten sich junge Familien eine grössere, bezahlbare Wohnung. Dieses Postulat habe nichts mit der Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums zu tun. Ob die Stadt als Bauherr auftrete oder das Land beispielsweise an eine Genossenschaft im Baurecht abgebe, sei von untergeordneter Bedeutung. Auf keinen Fall dürfe aber dieses „Filet-Stück“ an bester zentraler Lage einfach verkauft werden. Er bitte deshalb den Gemeinderat, das Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Stellungnahme Stadtrat

*Stadtpräsident Lothar Zjören (BDP)*

Für den Stadtrat sei die Situation speziell. Das Thema stehe auf der Traktandenliste des Stadtrates und konnte im Rat noch nicht diskutiert werden. Es liege ein ausgearbeiteter Vertrag für den Verkauf des Grundstückes vor. In einer elektronischen Umfrage habe der Stadtrat aber mehrheitlich entschieden, dem Gemeinderat die Überweisung des Postulates zu beantragen.

Allgemeine Diskussion

*Gaby Gossweiler (FDP)*

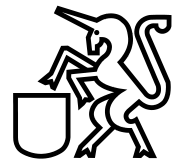
Die FDP unterstütze die Überweisung des Postulates.

*Patrick Schnider (SP/Juso/GP)*

Die Fraktion der SP/Juso/GP ist ebenfalls für die Überweisung des Postulates. Es sei ganz im Sinne der Partei, dass eine städtische Parzelle an einer solch zentralen Lage nicht einfach verkauft, sondern im Rahmen einer Gesamtüberbauung für ein sinnvolles Angebot genutzt werde. Alterswohnungen, wie sie im Postulat vorgeschlagen werden, gebe es schon in anderen Gemeinden. Man könne von diesen Erfahrungen profitieren. Bei der Umsetzung sei deshalb die Zusammenarbeit mit Organisationen zu prüfen, welche auf solche Projekte spezialisiert seien.

*Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp)*

Die GEU/glp-Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass ein Bedarf an spezifisch ausgerüsteten und auch bezahlbaren Alters- und Pflegewohnungen an gut erschlossener Lage in Dübendorf bestehe. Das Ziel könne allerdings auf verschiedene Arten erreicht werden. Eine Möglichkeit sei, dass die



Stadt Alterswohnungen selber baue, wie dies die Postulanten fordern würden. Die Stadt könnte aber das Land auch im Baurecht abgeben, mit der Auflage, dass eine gewisse Anzahl Alterswohnungen gebaut werden müssten. Um den Bau von Alterswohnungen zu fördern, sei es sinnvoll, das Gespräch mit Genossenschaften zu suchen. Im Übrigen sei das Thema „Wohnen im Alter“ umfassend zu betrachten; es brauche nicht nur Alterswohnungen, sondern auch Pflegewohnungen. Zudem sollte auf eine gute Durchmischung der verschiedenen Generationen geachtet werden. Genossenschaften böten dafür häufig ideale Bedingungen. Der Fokus dürfe nicht ausschliesslich auf den Bau städtischer Wohnungen gelegt werden; alternative Modelle seien gegenüber der Rolle der Stadt als Bauherrin zu bevorzugen. Die GEU-Fraktion sei gespalten, was die Zustimmung zum vorliegenden Postulat betreffe. Sie appelliere jedoch an den Stadtrat, dass er sich, unabhängig vom geplanten Alters- und Spitexzentrum, für die Schaffung weiterer altersgerechter Wohnungen einsetze.

*Bruno Fenner (BDP/EVP)*

Er betont, dass der Stadtrat im Postulat eingeladen werde zu prüfen, wie auf der erwähnten Parzelle Alterswohnungen realisiert werden könnten. Dabei gebe es für die Umsetzung verschiedene Varianten. Es sei durchaus nicht so, dass die einzige Möglichkeit darin bestehe, dass die Stadt selber baue.

## **Abstimmung**

Das Postulat „Realisierung von Alterswohnungen auf dem Areal Bahnhofstrasse 30/Lindenhof II in Dübendorf“ wird mit 29 Stimmen zu 1 Stimme dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

## **6. Interpellation Patrick Angele (SP) „Regionale Grossprojekte in Dübendorf“ / Beantwortung GR Geschäft Nr. 88/2011**

### Stellungnahme

*Patrick Angele (S/Juso/GP)*

Er dankt dem Stadtrat für die Antwort; sie zeige den Handlungsspielraum aber auch seine Grenzen auf. Er begrüsse die Haltung, dass sich die Behörde Grossprojekten nicht generell verschliesse.

### Allgemeine Diskussion

Keine.

**Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.**

## **7. Interpellation Hans Baumann (SP) „Liegenschaftenstrategie“ / Begründung GR Geschäft Nr. 112/2011**

### Begründung

*Hans Baumann (SP)*

Der Finanzplan 2011 – 2015 sehe die Veräusserung einer Anzahl städtischer Liegenschaften vor. Insgesamt handle es sich um Desinvestitionen in der Grössenordnung von rund Fr. 8 Mio. Damit setze der Stadtrat seine Praxis fort, städtische Liegenschaften zu verkaufen, ohne die frei werdenden Mittel wieder für Landkäufe zu verwenden. Die SP/Juso/GP-Fraktion verstehe diese Politik nicht. Andere Gemeinden würden aktiv die Wohnungsnot bekämpfen. In Dübendorf sei der Leerwohnungsbestand zwar etwas gestiegen aber es mangle nach wie vor an bezahlbaren Wohnungen. Die Stadt



sollte ihre Liegenschaftenreserven für die Förderung von preisgünstigen und ökologisch vorbildlichen Wohnungsbau einsetzen. Die Fraktion verlange deshalb vom Stadtrat, seine Liegenschaftenstrategie transparenter zu machen und in den Dienst einer städtischen Wohnungspolitik zu stellen. Dazu gehöre die Frage, ob der Stadtrat bereit sei, künftig Liegenschaften im Baurecht zu vergeben. Bevorzugt sollten dabei Bauträger werden, welche dem Prinzip der Kostenmiete verpflichtet seien. Bauland sollte der Spekulation entzogen und Wohnungen erstellt werden, die auch bezahlbar seien.

**Die Interpellation „Liegenschaftenstrategie“ ist durch den Stadtrat innert vier Monaten zu beantworten.**

## **8. Integration – Einführung der neuen Aufgabe Integration per 1. Januar 2012 GR Geschäft Nr. 98/2011**

### Referat GRPK

*Marcel Drescher (GEU/glp)*

In Dübendorf lebten knapp 24'000 Personen, davon sind 30,4% oder rund 7'000 Personen ausländische Staatsangehörige, während der Kantonsdurchschnitt knapp 25% betrage. Ein sich abzeichnendes kantonales Integrationsgesetz, welches die Gemeinden verpflichten sollte, Massnahmen im Bereich Integration einzuführen, sei im Juni 2011 im Kantonsrat verworfen worden. Damit hätten die Gemeinden keine kantonalen Auflagen zu erfüllen, seien aber frei eigene Massnahmen einzuführen. Die GRPK sei überzeugt, dass eine möglichst wirkungsvolle Integration mit dem Zuzug von ausländischen Staatsangehörigen beginne und nicht erst z.B. bei der Einschulung ihrer Kinder. So könne präventiv von Beginn an lenkend eingegriffen werden. Dazu diene im Entscheidungspapier des Stadtrates das Modul „Erstgespräche“. Diese Erstgespräche seien aber lediglich in der vom Stadtrat nicht favorisierten Variante „Maximum“ mit 100 Stellenprozenten enthalten. Solche Erstgespräche sollten nach Meinung der GRPK mit fremdsprachigen ausländischen Staatsangehörigen, die neu aus dem Ausland zuziehen, geführt werden. Mit der Annahme, dass pro Jahr unter diesen Rahmenbedingungen mit 200 – 300 Gesprächen gerechnet werden müsse, betrage der Aufwand dafür zwischen 17 und 25 Stellenprozente. Der Stadtrat selber komme zum Schluss, dass Erstgespräche sinnvoll seien, diese aber aufgrund fehlender Erfahrung zurückgestellt werden sollten. Die GRPK sei aber überzeugt, dass solche Erstgespräche auch im Rahmen der vom Stadtrat vorgeschlagenen Variante „Medium“ nötig seien. Dies zulasten einer Priorisierung bei den übrigen im Antrag enthaltenen Modulen. Aufgrund des heute noch nicht abschätzbaren Nutzens dieser neuen Stelle, vertrete die GRPK die Meinung, dass die neue Aufgabe auf vier Jahre zu befristen sei. Vor Ablauf dieser Periode könne aufgrund einer Bewertung der Erfolge durch den Stadtrat ein Antrag auf Verlängerung oder zur definitiven Einführung der Aufgabe gestellt werden. Zudem beantrage die GRPK die Festlegung einer Obergrenze für einen jährlich wiederkehrenden Kredit von Fr. 90'500.

### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

### Stellungnahme Stadtrat

*Stadtpräsident Lothar Zörjen (BDP)*

Bei der stadträtlichen Vorlage gehe es nicht um Einbürgerungen, auch nicht um die Förderung von Einwanderungen, sondern ausschliesslich um die Integration von Menschen, die hier in Dübendorf wohnen. Ein solches Ziel müsste eigentlich unbestritten sein. Er betrachte das abgelehnte kantonale Integrationsgesetz als eine verpasste Chance. Auf kommunaler Ebene sei man schon lange, im Zusammenhang mit ausländischen Kindern, mit dem Thema „Integration“ konfrontiert worden und habe erkannt, dass hier ein Bedürfnis vorhanden sei. Eine Nulllösung wäre falsch. Durch den Kanton seien



Pilotgemeinden für ein Integrationsprojekt gesucht worden, dabei habe Dübendorf mitgemacht. Glücklicherweise sei Dübendorf nicht die erste Pilotgemeinde gewesen, sonst hätte man viel Lehrgeld zahlen müssen. Im Projekt sei abgeklärt worden, was bereits vorhanden sei und wo Lücken beständen. Gestützt darauf habe der Stadtrat die Vorlage ausgearbeitet. Gegen die Einführung von Erstgesprächen habe der Stadtrat nichts einzuwenden, sei aber skeptisch, ob hier ein Erfolg erzielt werden könne. Die Behörde habe deshalb eine andere Priorisierung vorgenommen, könne aber den Antrag der GRPK zu unterstützen. Wichtig sei, dass man beim Thema Integration nicht passiv verharre, sondern Massnahmen treffe. Er bitte deshalb, der Vorlage zuzustimmen.

## Allgemeine Diskussion

### *Steven Sommer (SVP)*

Mit der Annahme dieses Geschäftes werde der Verwaltungsapparat aufgebläht. Integration sei nicht Sache der Gemeinde, des Kantons und des Bundes. Jede Migrantin und jeder Migrant sei selber dafür verantwortlich. Im Übrigen gebe es ja bereits etliche Institutionen, die gezielt auf Integration arbeiteten, nämlich die Vereine. In diesen Institutionen werde wirksam geholfen. Zudem sei es gemäss Bundesverfassung die Aufgabe der Sozialhilfe, bei der wirtschaftlichen Arbeitsintegration und auch bei der gesellschaftlichen Integration zu helfen. Den neu angemeldeten Personen werde auch eine Integrationsbroschüre mit den wichtigsten Informationen abgegeben. Zusätzlich gebe es auch noch eine Fachstelle Integration beim Kanton. Für Familien von schulpflichtigen Kindern existiere eine Liste von Kulturmittlern, welche diverse Sprachen beherrschten und mit den verschiedenen Kulturen vertraut seien. Im Antrag werde beschrieben, dass sich die Ausgaben durch Einsparungen aufheben würden. Dies sei falsch; schlussendlich zahle man einmal mehr für etwas, was nicht Sache der öffentlichen Hand sei. Im Kantonsrat sei im Übrigen ein Gesetz abgelehnt worden, welche den Gemeinden Integrationsbemühungen vorschreiben wollte.. Er empfehle Ablehnung dieses Geschäftes.

### *Matthias Maag (BDP)*

Bereits seit zwei Jahren habe sich in Dübendorf gezeigt, dass im Bereich Integration Handlungsbedarf bestehe. Dafür sei bis Ende 2011 auch eine befristete Teilzeitstelle eingerichtet worden. In den Legislaturzielen 2010-2014 stehe, dass die Integrationsarbeit weitergeführt werden solle. Mit einem Nein zur Vorlage des Stadtrates oder zum Gegenvorschlag der GRPK würden alle bisherigen Arbeiten zunichte gemacht. Die BDP/EVP-Fraktion bitte den Gemeinderat, der Variante GRPK zuzustimmen.

## **Abstimmung**

In einer ersten Abstimmung wird die stadträtliche Vorlage dem Änderungsantrag der GRPK gegenübergestellt. In dieser Abstimmung **obsiegt** der Antrag der GRPK mit 23 zu 0 Stimmen.

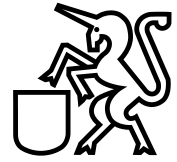
In der Schlussabstimmung wird dem Antrag der GRPK, nämlich Einführung der neuen Aufgabe Integration, Variante Medium mit 23 zu 9 Stimmen **zugestimmt** mit folgenden Ergänzungen:

1. Erstgespräche mit neu aus dem Ausland zuziehenden fremdsprachigen ausländischen Staatsangehörigen sind Bestandteil der neuen Aufgabe Integration.
2. Für den Vollzug dieser Aufgabe wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von Fr. 90'500 genehmigt.
3. Der Kredit ist befristet auf vier Jahre bis Ende 2015.

## **Beschluss**

1. Der neuen Aufgabe Integration im Rahmen der Variante „Medium“ wird mit folgenden ergänzenden Änderungen zugestimmt:
  - 1.1 Erstgespräche mit neu aus dem Ausland zuziehenden fremdsprachigen, ausländischen Staatsangehörigen sind Bestandteil der neuen Aufgabe Integration.





- 1.2 Für den Vollzug dieser Aufgabe wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von Fr. 90'500.00 bewilligt.
  2. Der Kredit ist befristet auf vier Jahre bis Ende 2015.
  3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug
- 9. Reglement über die Wasserversorgung  
GR Geschäft Nr. 106/2011**

Referat GRPK  
*Max Senn (SP)*

Der Gemeinderat habe dieses Geschäft bereits am 1. Oktober 2007 behandelt. Gegen das damals verabschiedete Reglement sei das Referendum ergriffen worden; am 1. Juni 2008 habe die Urnenabstimmung mit Annahme der Vorlage geendet. Gegen diesen Entscheid sei beim Bezirksrat Beschwerde erhoben und teilweise gutgeheissen worden. Daher musste das Reglement vom 5. Juli 2007 überarbeitet werden. Seit dem Inkrafttreten des Wasserwirtschaftsgesetzes am 1. Januar 19932 bestehe eine Rechtslücke in der Beziehung zwischen der Stadt Dübendorf und den Genossenschaften Wasserversorgung Dübendorf. Mit dem vorliegenden Wasserversorgungsreglement und einem noch abzuschliessenden Leistungsauftrag sei nun eine Regelung gefunden, welche den gesetzlichen Vorgaben entspreche und es den Wasserversorgungen Dübendorf erlaube, weiterhin erfolgreich ihren Auftrag wahrzunehmen und insbesondere ihre Tarifordnung selbständig zu gestalten. Die Abklärungen hätten ergeben, dass die im damaligen Entscheid des Bezirkrates beanstandeten Punkte beim überarbeiteten Reglement berücksichtigt wurden. Im Weiteren seien die Wasserversorgungsgenossenschaften mit der Vorlage einverstanden. Die GRPK beantrage deshalb, dem neuen Reglement über die Wasserversorgung zuzustimmen.

Stellungnahme Mitglieder GRPK  
Keine

Stellungnahme Stadtrat  
*Stadtrat Martin Bäumle (GEU/glp)*

Er sei froh, dass die lange Geschichte der Revision des Wasserversorgungsreglementes mit dem heutigen Entscheid abgeschlossen werden könne. Das vorliegende Reglement berücksichtige auch die Bedürfnisse der historischen Wasserversorgungsgenossenschaften.

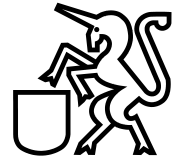
Allgemeine Diskussion  
Keine.

**Abstimmung**

Das Reglement über die Wasserversorgung wird mit 34 zu 0 Stimmen **genehmigt**.

**Beschluss**

1. Das Reglement über die Wasserversorgung (Wasserversorgungsreglement der Stadt Dübendorf) vom 3. November 2011 wird genehmigt.
2. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug.



**10. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission  
(Rücktritt Charlotte Meyer)  
GR Geschäft Nr. 114/2011**

Antrag Interfraktionelle Konferenz

*Theo Joner (BDP)*

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Steven Sommer (SVP) zum Nachfolger von Charlotte Meyer zur Wahl in die GRPK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Wahl**

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt der Gemeinderatspräsident Steven Sommer als gewählt.

**11. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte  
(Rücktritt Steven Sommer)  
GR Geschäft Nr. 115/2011**

Antrag Interfraktionelle Konferenz

*Theo Joner (BDP)*

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Charlotte Meyer als Nachfolgerin von Steven Sommer zur Wahl in die KRL vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Wahl**

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt der Gemeinderatspräsident Charlotte Meyer als gewählt.

**12. Bürgerrechtsgesuch: Lopes Rebelo Rafael sowie das Kind Matos Rebelo Alex, portugiesische Staatsangehörige, Schulhausstrasse 19, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 102/2011**

Antrag Bürgerrechtskommission

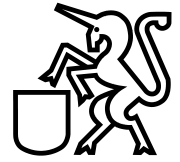
Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

**Abstimmung**

Der Gemeinderat beschliesst, gestützt auf Art. 29 Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung, Lopes Rebelo Rafael sowie das Kind Matos Rebelo Alex mit 23 zu 2 Stimmen ins Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufzunehmen.

**Beschluss**

1. Lopes Rebelo Antonio Rafael, portugiesischer Staatsangehöriger, geboren am 11. März 1965 in Angola (Afrika) verheiratet, Koch, sowie das Kind Matos Rebelo Alex, geboren am 10. September



- 2033 in Uster, wohnhaft Schulhausstrasse 19, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung der Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
  3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug.

Der Gemeinderatspräsident gratuliert den neu Eingebürgerten und wünscht Ihnen viel Freude an ihrem Bürgerrecht.

**13. Bürgerrechtsgesuch: Reis Batilde Fernanda, angolische Staatsangehörige, sowie das Kind Reis Tara Samantha, italienische Staatsangehörige, Neuweg 12, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 103/2011**

Antrag Bürgerrechtskommission

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

**Abstimmung**

Der Gemeinderat beschliesst, gestützt auf Art. 29 Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung, Reis Batilde sowie das Kind Reis Tara Samantha mit 24 zu 1 Stimmen ins Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufzunehmen.

**Beschluss**

1. Reis Batilde Fernanda, angolische Staatsangehörige, geboren am 27. Juni 1959 in Huambo (Angola), geschieden, Verkäuferin, sowie das Kind Reis Tara Samantha, italienische Staatsangehörige, geboren am 12. Januar 1996 in Thalwil, wohnhaft Neuweg 12, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung der Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug.

Der Gemeinderatspräsident gratuliert den neu Eingebürgerten und wünscht Ihnen viel Freude an ihrem Bürgerrecht.



## 14. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2011/12

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 8 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs.

1. Peter Bless (BDP/EVP): Verkehrsmassnahmen auf der Oberdorfstrasse  
Auf der Oberdorfstrasse sind im Bereich Freibad und Obere Mühle auf Winterbeginn sogenannte Pforten mittels Betonelementen erstellt und die Zone farblich gekennzeichnet worden. Während der Badehochsaison und bei Grossanlässen wäre eine spezielle Signalisierung und Verkehrsberuhigung im Bereich Freibad und Obere Mühle sicher wünschenswert. In der übrigen Zeit ist eine permanente Verkehrsbehinderung auf einer Sammelstrasse unangebracht. Es macht den Anschein, als ob der Stadtrat für die beschafften und an anderen Orten wieder entfernten Betonelemente in unserer Stadt neue Einsatzmöglichkeiten sucht. Mehr als störend wird es, wenn die Pforten auch fachlich falsch platziert werden. Bei der nördlichen Pforte wird nämlich nicht der Einfahrende sondern der nach einer Linkskurve Ausfahrende mit einem Betonelement in seiner Fahrspur gebremst und behindert.

### *Fragen*

1. Weshalb werden auf einer Sammelstrasse ganzjährige verkehrsbehindernde Pforten für saisonal und temporär erforderliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen angeordnet. Weshalb wurde diese Massnahme, wenn überhaupt, nicht auf den Beginn der Badesaison terminiert? Sind alternative Massnahmen mittels Signalisation und Warnblinkern während der Badesaison und für spezielle Anlässe geprüft worden?
2. Weshalb wird bei der nördlichen Pforte der ausfahrende und nicht der in die zu schützende Zone einfahrende Verkehrsteilnehmer abgebremst und behindert?
3. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass die Pforten zu gefährlichen Verkehrssituationen führen, da es leider nicht allen Verkehrsteilnehmenden klar ist, wer Vortritt hat und oft statt abgebremst beschleunigt wird?
4. Ist der Stadtrat bereit, die Verkehrsmassnahmen nochmals zu überdenken und zumindest die Nordpforte zu korrigieren?

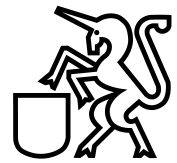
### *Stadtrat André Ingold (SVP)*

Die Verkehrsberuhigung auf der Oberdorfstrasse seien Bestandteil des Velokonzepts und als Ganzjahresmassnahmen vorgesehen. Bezüglich der Pforte Nord seien alle Beteiligten zum Schluss gekommen, dass diese Pforte zu Recht bestehe. Vor allem wenn das Schwimmbad offen ist, komme es sonst zu gefährlichen Situationen für Velo- und Fussgänger. Im Übrigen gebe es bei angepasster Geschwindigkeit kein Verkehrsproblem. Er betrachte die getroffenen Massnahmen als sinnvoll und sei nicht bereit, diese zu überprüfen.

### *Peter Bless (BDP/EVP)*

Seines Erachtens hätten die getroffenen Massnahmen nichts mit dem Velokonzept zu tun.

2. Dominic Müller (CVP): Gebührenbündel für privaten Kehricht  
Mit der Vollzugsverordnung zur Abfallverordnung Art. 1.3 wurde die allgemeine Containerpflicht auch für die privaten Haushalte festgelegt. Neuerdings werden die Abfälle zuerst in die Dübisäcke verpackt und diese wandern wiederum in den Container. Für den Gewerbekehrrecht gibt es in Dübendorf bereits heute die Möglichkeit, Gebührenbündel zu beziehen, wie man dem Internetauftritt der Stadtverwaltung entnehmen kann. Diese Möglichkeit gibt es in anderen Gemeinden, wel-



che die Containerpflicht für Private schon lange kennen, auch für private Haushalte. Durch Gebührenbündel spart man nicht nur die Produktion von speziellen Dübisäcken, sondern reduziert auch die Anzahl Leerungen, da der Container auch besser gefüllt werden kann.

## Fragen

1. Kann sich der Stadtrat vorstellen für den privaten Kehricht Gebührenbündel anzubieten?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja, in welchem Zeithorizont wäre eine Umsetzung denkbar?

### *Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)*

Die Einführung des Dübisacks war ein Systementscheid, der schon vor langer Zeit gefällt wurde und in der Bevölkerung verankert sei. Er sehe keine Vorteile durch die Einführung von Gebührenbündel. Ein solcher werde in anderen Gemeinden im Wesentlichen für die Grünabfuhr verwendet.

3. Gaby Gossweiler (FDP): Schrebergärten auf städtischem Grundstück Ecke Schulweg/Gfennstrasse

Auf dem städtischen Grundstück Ecke Schulweg/Gfennstrasse im Gefenn wird seit Jahrzehnten gegärtnert. Ein grosser Teil des Grundstücks wird von den Bewohnern der städtischen Liegenschaft am Schulweg genutzt, der kleinere Teil von Bewohnern der städtischen Liegenschaft an der Klosterstrasse. Nach einem Mieterwechsel an der Klosterstrasse vor ca. zwei Jahren, wollte die neue Mieterschaft den Garten nicht mehr benutzen. Mindestens ein ernstzunehmender Interessent aus nächster Umgebung zum Pflanzplatz, hat sich bei der Abteilung Liegenschaften gemeldet und eine Absage bekommen. Im Frühjahr darauf ist ein privates Gartenbauunternehmen erschienen, das den Pflanzplatz mit Mitarbeitern in eine Wiese umgewandelt hat. Seither erscheinen mindestens zweimal jährlich Mitarbeiter dieses privaten Gartenbauunternehmens und pflegen die Wiese hingebungsvoll.

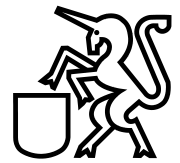
## Fragen

1. Welche Philosophie steht hinter der Verweigerung der Pflanzplatz-Vergabe an Anwohner des besagten Grundstücks?
2. Wie viel hat die Umnutzung und Pflege des Pflanzplatzes in eine Wiese bis heute gekostet, inkl. Verlust des Pachtzinses?
3. Wieso sind Umnutzung und Pflege bisher von einem privaten Gartenbauunternehmen durchgeführt worden und nicht durch das Gartenbauamt oder den Unterhaltsdienst des Tiefbauamtes?
4. Wie hoch wären die Kosten bei einem Unterhalt der Wiese durch städtische Angestellte?

### *Stadtrat Martin Bäumle (GEU/glp)*

Die sehr detaillierte Fragen können jetzt nicht beantwortet werden. Sie werden mit dem nächsten Protokoll nachgeliefert.

4. Steven Sommer (SVP): Verkehrsbehinderungen  
Seit längerem stehen die Verkehrsbehinderungen an der Buen- bzw. Hermikonstrasse usw.



## *Frage*

Wie viele Unfälle hat es seit der Erstellung gegeben? Und wie viele davon waren schwere Unfälle?

## *Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)*

Ein Automobilist sei ohne auszuweichen über ein Hindernis gefahren. Weitere Unfälle seien ihm nicht bekannt.

5. Stefanie Huber (GEU/glp): Miteinander von Fuss- und Veloverkehr in der Bahnhofunterführung  
Die Arbeiten am Areal Bahnhof Nord sind im Gange, die Bahnofsunterführung wurde in den letzten Monaten bereits angegangen. Im Moment ist der GEU/glp die zukünftige Signalisation in der Unterführung nicht bekannt. Im Zusammenhang mit dem Nebeneinander von Fussgängern und Velofahrenden möchten wir folgende Fragen bezüglich der zu erwartenden Lösungen stellen.

## *Fragen*

1. Wie wird das Nebeneinander von Fuss- und Veloverkehr nach Fertigstellung des Areals Bahnhof Nord geregelt? Welche Signalisation ist vorgesehen, damit in Zukunft keine Unfälle passieren und die Verkehrsteilnehmenden zur Rücksicht aufeinander angehalten werden?
2. Im Areal Bahnhof Nord ist eine Ladenpassage geplant. Wie ist der Übergang von Ladenpassage in die Bahnhofunterführung diesbezüglich geplant?

## *Stadtrat André Ingold (SVP)*

Diese Fragen können heute nicht beantwortet werden, in diesem Areal stehe man sich mitten in einem dynamischen Prozess. Die Antworten werden deshalb mit dem nächsten Protokoll nachgeliefert.

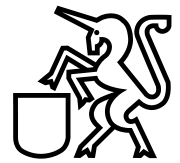
6. Andrea Kennel (SP/Juso/GP): Motion faire Einbürgerung  
Anno 2007 hatte ich eine Motion zur Einbürgerung durch den Stadtrat eingereicht, die überwiesen wurde. Letzten Dezember habe ich nun mit einer schriftlichen Anfrage nachgefragt, wieso der Stadtrat dieses Postulat noch nicht wieder aufgegriffen hatte. Der Stadtrat schreibt, dass eine Aktivität durch den Stadtrat vor der kantonalen Volksabstimmung vom kommenden Sonntag keinen Sinn mache. Nun, die Motion verlangt kurz zusammengefasst die Einbürgerung durch den Stadtrat. Soweit ich das beurteilen kann, hat hier die kommende Abstimmung keinen Einfluss.

## *Fragen*

1. Ist eine Einbürgerung durch den Stadtrat mit dem alten Gesetz möglich?
2. Wird eine Einbürgerung durch den Stadtrat im Falle einer Annahme des neuen Gesetzes möglich sein?
3. Wird eine Einbürgerung durch den Stadtrat im Falle einer Annahme des Gegenvorschlags möglich sein?

## *Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

Die drei Fragen können mit dreimal Ja beantwortet werden. Die Delegation der Einbürgerungskompetenz an den Stadtrat war bei der letzten Gemeindeordnungsrevision Thema in der dafür eingesetzten Kommission. Schliesslich habe man sich entschlossen die Kompetenz an den Gemeinderat zu delegieren. Inzwischen wurde das Einbürgerungsverfahren geändert mit eigentlichen Tests für die Gesuchsteller; zudem werden die Gesuche öffentlich behandelt. Nun brauche



es eine gewisse Zeit, um Erfahrungen zu sammeln, insbesondere bei solchen mit Ablehnungsanträgen. Mit dem Verweis auf das neue Einbürgerungsgesetz gehe es für den Stadtrat darum, die Stimmungslage bei der Bevölkerung zu fühlen.

*Andrea Kennel (SP/Juso/GP)*

Damit könne sie feststellen, dass die Abstimmung vom nächsten Sonntag keine Auswirkungen auf die Kompetenzregelungen beim Einbürgerungsverfahren habe.

7. Andrea Kennel (SP/Juso/GP): Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für eine bessere Kleinkinderbetreuung in Dübendorf“  
Vor zwei Jahren, am 22. Februar 2010, hat die SP die Volksinitiative „Für eine bessere Kleinkinderbetreuung in Dübendorf“ eingereicht. Am 4. April 2011 stimmte der Gemeinderat dem Gegenvorschlag zur Initiative zu und die Initiative selber wurde zurückgezogen. Somit überwies der Gemeinderat dem Stadtrat den Gegenvorschlag zum Vollzug.

*Fragen*

1. Welche Fristen gelten beim Vollzug einer Initiative resp. beim Vollzug eines Gegenvorschlages zu einer Initiative?
2. Wie weit ist der Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage?
3. Wann ist mit der Vorlage zu rechnen?

*Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)*

Die Frist für den Vollzug beträgt ein Jahr. Damit läuft der Termin für die angesprochene Umsetzungsvorlage am 4. April 2012 ab. Die entsprechende Vorlage wird am 22. März 2012 im Stadtrat diskutiert.

8. Max Senn (SP/Juso/GP): Leepüntareal  
Wie bereits bekannt, sollten die alten Liegenschaften auf dem Leepüntareal ohne ein genehmigtes neues Projekt abgerissen werden.

*Fragen*

1. Ist es richtig, dass die Gebäude etappenweise abgerissen werden?
2. Wenn ja, wird dadurch der Kredit für den Abriss auch etappiert in der Rechnung aufgeführt und somit der Kredit zur Behandlung im Gemeinderat umgangen?

*Stadtrat Martin Bäumle (GEU/Glp)*

Der Stadtrat habe den Grundsatzentscheid für den Rückbau der Gebäude gefällt. Das Geschäft sei Thema im Stadtrat am 8. März 2012. Dabei werde eine Übergangslösung diskutiert. Die Antworten werden deshalb mit dem nächsten Protokoll nachgeliefert.

## **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat



Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

---

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

---

Für die Richtigkeit

Peter Imhof  
Gemeinderatssekretär





**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Rolf Biggel  
Gemeinderatspräsident

Patrick Schnider  
Stimmzähler

Benedikt Stockmann  
Stimmzähler

Jacqueline Hofer  
Stimmzählerin